

# Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.).

Erscheint am  
1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition  
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.  
Fernsprecher: Amt Alex. 4720.

Abonnementspreis  
pro Vierteljahr RM. 1.50.

Nr. 5.

Berlin, den 1. März 1921.

53. Jahrgang.

## Inhalt.

Die Preußenwahlen. — Zur Frage der Außenhandelskontrolle. — Richtlinien für den Aufbau und die Tätigkeit der Gruppen des Gewerkschaftsrings. — Zur Förderung unserer Jugendbewegung. — Soziales. — Arbeiterbewegung. — Aus dem Auslande. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Amtlicher Teil. — Adressenänderungen.

Sozialdemokratische Partei	114
Zentrum	81
Deutsche demokratische Partei	26
Deutsch-nationale Volkspartei	75
Deutsche Volkspartei	58
Unabhängige Sozialdemokratie	29
Bereinigte Kommunistische Partei	30
Deutsch-hannoversche Partei	11
Wirtschaftspartei des Mittelstandes	4

## Die Preußenwahlen.

Wenn wir uns mit den Wahlen zum preussischen Landtage hier eingehender beschäftigen, so geschieht es deshalb, weil die Gestaltung der politischen Verhältnisse im größten deutschen Freistaat naturgemäß die Dinge im ganzen Reich besonders nachhaltig beeinflusst. Das geht schon daraus hervor, daß von den 55 Mitgliedern des Reichsrats Preußen allein 22 entsendet.

Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen im Juni vorigen Jahres, die den Rechtsparteien einen starken Erfolg brachten, während die in der Regierung sitzenden Parteien die Rechnung bezahlen mußten, war damit zu rechnen, daß auch bei den preussischen Landtagswahlen die Parteien der äußersten Rechten und Linken einen großen Sieg über die Mittelparteien davontragen würden. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich noch nicht in dem Maße gebessert, daß es dem Einzelnen deutlich fühlbar wird. Die Schuld dafür aber wird von den breiten Massen der Regierung zugeschrieben; folglich wird bei den Wahlen gegen die Parteien gestimmt, die gerade die Regierung bilden.

Vielleicht hat der Umstand, daß im Reich und in Preußen verschiedene Koalitionen Träger der Regierung sind, diese Erfahrung nicht allzu scharf in die Erscheinung treten lassen. Aber bemerkbar hat sie sich auch gemacht. Die Deutsch-Nationalen, die die Regierung im Reich wie in Preußen am heftigsten belämpft haben, können einen beachtenswerten Erfolg buchen, der allerdings hinter ihren eigenen Erwartungen und — man darf wohl auch sagen — den Befürchtungen ihrer Gegner weit zurückgeblieben ist. Dennoch siehe es Vogel Strauß-Politik werden, wollte man leugnen, daß der Ausfall der Wahl einen deutlichen Ruck nach rechts aufweist.

Nach den zur Zeit vorliegenden amtlichen Berechnungen wird sich der preussische Landtag aus 128 Abgeordneten zusammensetzen, die sich auf die politischen Parteien nach folgendem Stimmverhältnis verteilen, wobei allerdings geringfügige Verschiebungen nach der einen oder andern Seite nicht ausgeschlossen sind:

Die absolute Mehrheit im preussischen Landtag beträgt bei 428 Abgeordneten 215. Die Parteien der bisherigen Regierung, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten, verfügen zusammen über 221 Stimmen. Sie haben also noch wie vor die Mehrheit, die noch etwas stärker wird, wenn man die 11 deutsch-hannoverschen Mandate hinzurechnet, die auf gemeinsamen Listen mit dem Zentrum erungen sind, also dessen Politik sicherlich unterstützen werden. Man kann wohl sagen, daß die alte Regierungskoalition in Preußen im neuen Landtag über 232 Stimmen verfügt, wobei die 4 Wirtschaftsparteiler noch nicht berücksichtigt sind. Demgegenüber setzt sich die Gegnerschaft der alten Koalition zusammen aus 133 Abgeordneten der Rechten (Deutsch-nationale und Volksparteiler) und 59 Abgeordneten der Linken (Unabhängige und Kommunisten). Diese feindlichen Brüder, die sich im Kampfe gegen die Regierung so oft zusammengefunden haben, würden, wenn sie dieses Spiel fortsetzen wollten, über im ganzen 192 Stimmen verfügen. Rein ziffernmäßig also wäre die alte Koalition sehr wohl in der Lage, wieder die Regierung zu übernehmen. Dazu kommt aber noch ein gewichtiges Moment. Vorläufig ist im Reich die deutsche Volkspartei noch Mitträgerin der Regierung. Das bedingt, daß sie in Preußen nicht allerhöchste Opposition treiben kann. Auch ihr Verhältnis zur Deutsch-nationalen Volkspartei hat sich erheblich gelockert, wodurch die Kraft der Oppositionsparteien in Preußen ebenfalls geschwächt worden ist.

Ob trotz dieser Konstellation die alte Koalition fortgeführt wird, ist eine Frage, die erst in den nächsten Wochen gelöst werden wird. Vorläufig findet auf der ganzen Linie ein großes Rätselraten statt, bei dem die geistreichsten Vermutungen geäußert werden. Wir wollen uns daran nicht beteiligen, sondern werden abwarten, wie die Dinge sich entwickeln. Nur der einen bestimmten Erwartung geben wir Ausdruck, daß eine Rechtsregierung unmöglich ist. Das Zentrum kann sich daran nicht beteiligen, will es nicht den Boden in den Kreisen der christlichorganisierten Arbeiterschaft verlieren. Ohne das Zentrum bestände eine Rechtsregierung aber keine genügende Tragfähig-

leit, ganz abgesehen davon, daß sie gegen eine so gewaltige gemerische Mehrheit auch keine positive Arbeit zu leisten imstande wäre.

Zum Schluß noch ein Wort zu den parteipolitischen Verschiebungen, die in den oben angeführten Zahlen zum Ausdruck kommen. Ein Vergleich wird zweckmäßig gezogen mit den Ergebnissen der Reichstagswahl im Juni 1920, weil damals schon ein gewisser Umschwung in der Ansicht der Wählermassen sich geltend machte. Die Mehrheitssozialdemokratie, die im vorigen Jahre den schwersten Schlag erlitt, hat die Scharte fast wieder ausgemacht. Sie weist einen sehr stattlichen Stimmenzuwachs auf und ist die stärkste Partei geblieben. Geradezu kläglich haben gegenüber der Juniwahl die Unabhängigen abgeschnitten, die infolge der Spaltung erhebliche Teile ihres Besitztandes an die Kommunisten abgeben müssen. Auch zu den Mehrheitssozialisten haben sich zweifellos gewisse Kreise der Unabhängigen geschlagen. Trotzdem ist die Zahl der für die sozialistischen Parteien aller drei Schattierungen abgegebenen Stimmen um mehrere Hunderttausende zurückgegangen, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß wenn auch mancher infolge der gegenseitigen Verheißung berärgert geworden ist und sich der Wahl enthalten hat, auch viele früher sozialistische Stimmen den Deutsch-Nationalen zugefallen sind. Deren Gewinn lediglich auf das Konto der Demokraten zu setzen, halten wir nicht für richtig. Bürgerlich demokratische Kreise — Ausnahmen natürlich zugegeben — sehen lieber nicht zur Wahl, als daß sie dem Deutsch-Nationalen ihre Stimme geben. Aber wie dem auch sei: die Deutsche demokratische Partei hat in diesem Wahlkampfe eine ebenso schwere Niederlage erlitten wie die Unabhängigen. Die Gründe dafür zu untersuchen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Von den anderen Parteien hat das Zentrum wie stets seinen Besitzstand gewahrt. Die Deutsche Volkspartei, die im Juni vorigen Jahres am besten abgeschnitten hatte, konnte ihren Siegeslauf nicht fortsetzen. Ob dazu nicht die Beteiligung an der Reichsregierung ihr gutes Teil mit beigetragen hat?

Erfreulich für uns Gewerbetreibende ist die Tatsache, daß als demokratischer Abgeordneter unser Landesvorsitzender Gustav Hartmann in den preussischen Landtag einzieht. Er ist auf der Landesliste gewählt. Aus dem Gewerkschaftsring ist außer ihm noch der Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes Oswald Riedel im Wahlkreis Frankfurt a. O. gewählt worden, der ebenfalls der demokratischen Partei angehört.

Wenn man die Ergebnisse der zahlreichen in den letzten beiden Jahren vollzogenen Wahlen überblickt, dann kann man sich des niederdrückenden Gefühls nicht erwehren, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit vom Gipfel politischer Bildung und Einsicht noch recht weit entfernt ist. Vielleicht schafft darin das Leben und Mitarbeiten in der Republik recht bald Wandel. Zu wünschen wäre es dringend!

### Zur Frage der Außenhandelskontrolle.

Mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer wird von den Gannern der Aus- und Einfuhrkontrolle jedwede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, um gegen die im volkswirtschaftlichen Interesse unumgänglich notwendige Regelung der Überwachung unserer Ein- und Ausfuhr

Stellung zu nehmen. Zunächst müssen die unsachlichsten Gründe herhalten, um ein System, zu dem wir lediglich durch die Not unserer Volkswirtschaft gezwungen sind, zu diskreditieren und in der breitesten Öffentlichkeit Stimmung für einen Abbau zu machen. Im „Überwachungsdiens“, dem Organ des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, weist der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Geh. Reg.-Rat Dr. Trendelenburg, die grundsätzliche Notwendigkeit der Außenhandelskontrolle nach. Ausgehend von den Ergebnissen der Brüsseler Finanzkonferenz, deren Verhandlungen interessante Streiflichter auf die wirtschaftliche Lage der Welt geworfen haben, schildert der Verfasser die Rückwirkungen der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Handelspolitik der Staaten.

Europa, das zu einem großen Teil Verbraucher fremder Rohstoffe gewesen ist, hat sich durch vier Jahre in erster Linie für den Krieg, also für unproduktive Zwecke, betätigt und seine Friedensindustrie vernachlässigt. Es ist deshalb stark verschuldet, gegenüber den Vereinigten Staaten allein in Höhe von 13,5 Milliarden Dollar. In der Passivität der Handelsbilanzen kommt die Erschöpfung der europäischen Vorräte und die größere Abhängigkeit Europas, namentlich in bezug auf Lebensmittel, zum Ausdruck.

Die Konjunktur der Welt ist stark verändert; starke Ausfälle bedingt der Rückgang in der Erstellung neuer produktiver Anlagen. Die Konjunktur wird in erschreckendem Maße zur Befriedigung des Vergnügungsbedürfnisses getätigt, also zu Zwecken, die den einzelnen wirtschaftlich nicht fördern und der produktiven Arbeit Kräfte entziehen.

Die Brüsseler Finanzkonferenz hat den europäischen Ländern empfohlen, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Alle Länder sind bemüht, sich nach diesem Grundsatz einzurichten, denn alle befinden sich in größeren oder geringeren Salutasorgen. Die staatlichen Maßnahmen bewegen sich besonders auf dem Gebiete des Außenhandels. Man bemüht sich fast überall durch Beschränkungen des Einfuhrhandels der Passivität der Außenhandelsbilanz entgegenzuwirken.

Als Mittel dieser staatlichen Beschränkungen dienen je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Regelung des Devisenverkehrs, eine Erhöhung der Zollschranken und der Erlaß von Einfuhrverboten. Auch auf dem Gebiet der Ausfuhr finden wir fast überall in Europa staatliche Beschränkungen, die zum Ziel haben, lebensnotwendige Waren im Lande zu behalten und für die Ausfuhrwaren möglichst hohe Gegenwerte zu erzielen.

Man war sich in Brüssel klar darüber, welche Schwierigkeiten dem Welthandel aus diesen Beschränkungen erwachsen. Man erkannte aber allgemein an, daß man vorerst zu einem freien Handel nicht werde zurückkehren können. Die Lage Deutschlands ist im höchsten Maße gefährdend. Sie kennzeichnet sich dadurch, daß die natürliche Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung unserer zahlreichen Bevölkerung durch das Ergebnis des Krieges außerordentlich eingeeengt worden ist. Man denke an den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte, des größten Teils des Auslandsvermögens, an die Verluste an Eisen, Erzen, an Kohle und Kali, sowie an die ihrer Höhe nach noch ganz unübersehbaren Wiedererzeugungspflichtungen. Die Reichsmacht ist sehr

antwortet und unsere Valuta starken Veränderungen unterworfen. Wir haben keine Reserven an Gold, an ausländischen Werten oder Warenvorräten, sondern leben gewissermaßen von der Hand in den Mund. Die Außenhandelsbilanz, deren Aktivposten zugleich fast die einzigen Aktivposten der Zahlungsbilanz sind, zeigt ein erschreckendes Bild. Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß die deutschen Beschränkungen des Außenhandels über das bei anderen europäischen Ländern übliche Maß hinausgehen.

Sehr viel schwieriger liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Ausfuhrkontrolle. Sie bezweckt als sogenannte Mengenkontrolle den Abfluß solcher Waren in das Ausland zu verhindern, die wir, wie z. B. Lebensmittel, Rohlen, Rohstoffe und gewisse Erzeugnisse der Galvanindustrie, zur Deckung des Eigenbedarfs unserer Wirtschaft benötigen. Dabei sind die Wiedergutmachungsverpflichtungen unserem Eigenbedarf hinzuzurechnen. Das Maß dessen, was unter dem Gesichtspunkt der Mengenkontrolle geschehen muß, bestimmt sich nach der Art der Erzeugnisse und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage. Wie die Dinge zur Zeit liegen, bildet die Mengenkontrolle nur für einen Teil der bestehenden Ausfuhrverbote die rechtfertigende Grundlage. Im übrigen ist der Zweck dieser Verbote im wesentlichen die Preiskontrolle, die den hauptsächlichsten Gegenstand des Streits um die Außenhandelskontrolle darstellt. Der äußere Anlaß für die gegenwärtige Ausgestaltung der Preiskontrolle lag in der Ausverkaufskonjunktur des vorigen Winters, doch darf man hieraus nicht folgern, daß sie überflüssig geworden sei, nachdem eine Ausverkaufskonjunktur nicht mehr besteht.

Die Preispolitik ist aber nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch die außenwirtschaftliche Stellung Deutschlands von größter Wichtigkeit. Würden wir unsere Ausfuhrpreise nicht dem jeweiligen Valutastande anpassen, so würden wir die Rückwirkungen, die von den Schwankungen unserer Valuta ausgehen, auf alle Märkte der Welt tragen, so daß die deutsche Ausfuhr eine ständige Beunruhigung der Auslandsmärkte zur Folge haben müßte. In allen Ländern, und das würden fast alle Staaten Europas sein, würden starke Gegenwirkungen gegen das Uebermaß deutscher Konkurrenz unausbleiblich sein. Bei der stark protektionistischen Tendenz der verschiedenen Wirtschaftsgebiete können wir mit solchen Gegenwirkungen mit Sicherheit rechnen, wenn wir die erforderliche Vorsicht bei der Ausfuhrpreispolitik außer acht lassen.

Man wendet ein, man solle nur der freien Entwicklung Raum geben; die Macht der Tatsachen und das wohlverstandene Interesse von Industrie und Handel würden von selbst die Dinge richtig leiten können. Gewiß, auch bei der freien Ausfuhr werden Industrie und Handel mit der Zeit lernen, die Folgerung aus der Goldwertigkeit der Waren zu ziehen, und sich bei Bewertung der Ausfuhrwaren von der Marktwährung zu emancipieren. Diese selbständige Ausschaltung der Reichsmark als Berechnungsgrundlage bei der Ausfuhr würde aber dazu führen, daß schließlich alle weltmarktfähigen Waren, einerlei, ob sie für die Ausfuhr oder für den Inlandabsatz bestimmt sind, auf der gleichen Grundlage berechnet würden. Jeder Versuch, einen Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen aufrecht zu erhalten, würde im Wege des schwebelichen Geschäfts durchkreuzt werden. Das Verlangen „heron an die Weltmarktpreise“ ist

unerfüllbar, solange unsere Valuta nicht stabil ist, da es einen beständigen in Reichsmark ausdrückbaren Weltmarktpreis nicht gibt.

Rein privatwirtschaftliche Bedingungen würden zweifellos nicht kräftig genug sein, um der Verschiebung von Inlandsware nach dem Ausland zu begegnen. Es würde dann doch wieder an die Regierung das Verlangen gestellt werden, die Grenzen zu bewachen und keine Waren durchzulassen, die von wirtschaftlichen Störenfrieden auf den Weltmarkt gesandt würden, und wir stünden dann wieder ebenso weit wie wir jetzt stehen.

Sehr viel wird über die Verzögerung geklagt, welche durch die Zwischenschaltung der Außenhandelsstellen für die Abwicklung der Ausfuhrgeschäfte verursacht werden. In den Frühjahrs- und Sommermonaten lag der Grund für unliebsame Verzögerungen im Wesentlichen in einer abnormen geschäftlichen Ueberlastung der Außenhandelsstellen, welche durch das Zusammentreffen von Kapp-Putz, Schließung des Locks im Westen und Erhebung der sozialen Ausfuhrabgabe verursacht war. Bei Ueberwindung dieser Schwierigkeiten haben die Außenhandelsstellen eine verwaltungstechnisch hervorragende Leistung vollbracht. Inzwischen ist es gelungen, im allgemeinen zu einer glatten Abwicklung der Geschäfte zurückzutreten.

## Nichtlinien für den Aufbau und die Tätigkeit der Gruppen des Gewerkschaftsrings.

1. Der Zusammenschluß der örtlichen Gliederungen der dem Gewerkschaftsring angehörenden Verbände zu Gruppen des Gewerkschaftsrings hat in erster Linie den Zweck, den Einfluß der auf parteipolitisch und religiös neutralem Boden stehenden Arbeitnehmerchaft auf die Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu stärken. Für alle parteipolitisch und religiös neutralen Arbeitnehmerorganisationen besteht das Bedürfnis, zu gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen auch gemeinsam Stellung zu nehmen und damit schon durch die Macht der größeren Masse sich einen größeren örtlichen Einfluß zu sichern.

Der Zusammenschluß der Gruppen hat aber fernerhin den Zweck, ein besseres Kennenlernen und Fühlnehmen der verschiedenen im Gewerkschaftsring vereinigten Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellten und Beamten) zu ermöglichen und zu fördern, bestehende Gegensätzlichkeiten durch Aussprache und gemeinsame Arbeit zu beseitigen und so die Einheitsfront der parteipolitisch und religiös neutralen Arbeitnehmer auch nach innen hin stark und sicher zu machen.

2. Selbstverständlich werden durch den Zusammenschluß zu Gruppen des Gewerkschaftsrings die örtlichen Gliederungen der einzelnen dem Ring angeschlossenen Verbände weder überflüssig noch in ihrer Bedeutung beschränkt. Sie gewinnen vielmehr im Gegenteil an Bedeutung dadurch, daß sie in der Unterstützung der Kollegen aus den anderen Arbeitnehmergruppen eine starke Resonanz ihrer Forderungen und Wünsche finden. Einzelaufgaben für Arbeiter, Angestellte oder Beamte, die ja in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung ungleiche und unerkennbare Verschiedenheiten aufweisen, bleiben in Fülle bestehen. In der Erledigung dieser einzelnen Aufgaben ist jeder Verband

nach wie vor selbständig. Die Entscheidung, ob es sich um eine gemeinsame Angelegenheit oder die Sonderangelegenheit einer Arbeitnehmergruppe handelt, wird nicht immer leicht sein und bleibt dem Ermessen der leitenden Persönlichkeiten der einzelnen Verbände überlassen. Wünschenswert ist jedoch, daß in allen gemeinsamen Angelegenheiten der einheitliche Wille der Gruppe des Gewerkschaftsringes nach außen hin dokumentiert wird.

3. Die Gruppen wählen einen Vorstand, welcher aus einem Vorsitzenden, erforderlichenfalls einem stellvertretenden Vorsitzenden, ferner einem Schriftführer und einem Kassierer sowie aus einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Anzahl von Beisitzern besteht. Der Vorstand ist möglichst paritätisch aus Mitgliedern sämtlicher Verbände der Gruppe zusammenzusetzen. Ein Vorstandsmitglied ist der Hauptleitung des Gewerkschaftsringes unter genauer Angabe von Namen und Adresse als Nachrichtenstelle (Obmann) zu bezeichnen. An dieses Vorstandsmitglied werden zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs sämtliche Nachrichten und Ersuchen der Hauptleitung des Ringes gerichtet. Seine Pflicht ist es, sämtliche Mitteilungen der Hauptleitung schleunigst an den Vorstand der Gruppe weiterzuleiten.

4. Die Sitzungen der Gruppe werden nach Bedarf vom Vorstand einberufen. Es empfiehlt sich aber in jedem Falle dafür Sorge zu tragen, daß in regelmäßigen, nicht zu weit auseinanderliegenden Zeiträumen Sitzungen der Gruppe abgehalten werden, damit die Fühlung unter den Mitgliedern der Gruppe nicht verloren geht.

5. Die Kosten der Gruppe werden zweckmäßig durch Beiträge im Umlageverfahren von den einzelnen der Gruppe angehörenden örtlichen Gliederungen der Verbände des Ringes aufgebracht. In welcher Form die Umlage zu machen ist (verbandsweise oder nach der Kopfzahl der Mitglieder etc.) richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen und bleibt dem Ermessen jeder Gruppe überlassen. Die Beiträge sind lediglich für die örtlichen gemeinschaftlichen Aufgaben der Gruppe zu verwenden. Eine Abführung von Beiträgen der Gruppe an die Zentrale des Gewerkschaftsringes findet nicht statt.

6. Der Aufgabenkreis der Gruppe ist je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden zu gestalten. Er umfaßt das gesamte wirtschaftliche, gewerkschaftliche, sozialpolitische und kommunalpolitische Gebiet, soweit es sich um alle Arbeitnehmer gemeinsam berührende Fragen handelt. Hierzu gehört auch gemeinsames Handeln bei den sozialpolitischen Wahlen, ferner gegenseitige Unterstützung der Gruppen in der Werbearbeit (Gründung neuer Ortsgruppen, Gewinnung neuer Mitglieder).

Zur Durchsetzung der Ziele der Gruppe wird es sich empfehlen, von Zeit zu Zeit öffentliche Versammlungen zu veranstalten, die weitere Kreise auf die Tätigkeit der Gruppe hinweisen und damit gleichzeitig als Werbemittel dienen.

7. Die Hauptleitung ist über die Tätigkeit der Gruppe in regelmäßigen von Zeit zu Zeit zu erstattenden Berichten auf dem laufenden zu halten. Besonders wichtige Vorgänge innerhalb des örtlichen Bezirkes der Gruppe sind ihr umgehend mitzuteilen. Wichtige Entscheidungen und Anregungen sind dem Hauptvorstand zur evtl. Stellung-

nahme oder Weitergabe schriftlich zu übermitteln. Wünsche und Anregungen der Gruppen werden vom Hauptvorstand stets dankbar entgegengenommen und eingehend geprüft werden.

8. Das Programm des Gewerkschaftsringes und die vom ersten Kongreß angenommenen Richtlinien der Kongreß-Reserate sind den Entschliessungen der Gruppe zugrunde zu legen. Verstöße gegen das Programm dürfen um so weniger gemacht werden, als dasselbe im Einklange mit den Hauptleitungen der Verbände aufgestellt worden ist und dem wichtigsten Inhalt der Programme der einzelnen Verbände entspricht.

9. Die Zeitschrift „Wirtschaftliche Selbstverwaltung“ soll von sämtlichen Gruppenmitgliedern gelesen und zu diesem Zwecke abonniert werden. Sie enthält außer ihrem belehrenden Teil alle wichtigen Mitteilungen der Hauptleitung des Gewerkschaftsringes. Es wird dringend empfohlen, auch über den Kreis der Gruppenmitglieder hinaus für die Verbreitung der Zeitschrift tätig zu sein.

10. Vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Arbeitnehmerfreie des Ringes wird das durch den Ring geschlossene Band immer mehr festigen und der Tätigkeit der Gruppen innerhalb ihres örtlichen Bezirkes diejenige Stoßkraft verleihen, welche der Bedeutung des Gewerkschaftsringes und der der parteipolitisch und religiös neutralen Arbeitnehmerenschaft entspricht.

### Zur Förderung unserer Jugendbewegung.

Der schnelleren Entwicklung unserer Jugendbewegung stehen besonders zwei Hemmnisse entgegen: die mangelhafte Verbindung zwischen der Leitung der Jugendorganisation und einem Teil unserer Jugendabteilungen und die ungenügende Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen. Wie kann diesem Uebelstande abgeholfen werden?

Trotz zahlreicher Hinweise besteht über den Aufbau unserer Jugendorganisation noch nicht überall die erforderliche Klarheit. Die einzelnen Abteilungen, örtlich den Ortsverbänden der Deutschen Gewerksvereine angegliedert, haben ihren Zusammenschluß gefunden im Jugendbund der Deutschen Gewerksvereine. Er ist für die Jugendabteilungen das, was der Verband für die Ortsverbände ist. An seiner Spitze steht der Jugendbundauschuß, dem auch ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine angehört. Das bedeutet, daß der Jugendbund eine offiziell anerkannte Einrichtung unserer Verbandsgemeinschaft ist, der alle Jugendabteilungen im Reiche angehören müssen. Alle Vorteile, die aus der Zugehörigkeit zum Jugendbund resultieren, sollen allen Jugendabteilungen zugute kommen. Andererseits haben diese natürlich auch alle Pflichten zu übernehmen, die mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft verknüpft sind. Damit hapert es aber bis jetzt. An vielen Orten bestehen Jugendabteilungen, die diese Zusammenhänge nicht kennen oder aber — was noch schlimmer ist — sie nicht beachten, die für sich existieren und sich um das Ganze nicht kümmern. Die Gesamtbewegung leidet natürlich darunter, und es erwächst deshalb für alle führenden Kollegen die Pflicht, wo solche „wildern“ Abteilungen bestehen, darauf hinzuwirken, daß sie den Anschluß an den Jugendbund

schleunigt suchen. Auch hier gilt das Wort, daß nur vereinte Kräfte zum Ziele führen. Die Adresse des Schriftführers des Jugendbundes ist Erich Hegert, Berlin N.O. 55, Marienburgerstraße 28.

Das zweite Hemmnis für das Vorwärtkommen unserer Jugendbewegung ist das Fehlen einer regelmäßig erscheinenden Zeitschrift, die gewissermaßen das geistige Band der gesamten Organisation bilden müßte. Das jetzt nach Bedarf vom Jugendbund-Ausschuß versandte Mitterlungsblatt bildet dafür keinen Ersatz. Die Jugendbewegung bedarf eines Organs, das für junge Leute geschrieben ist und von ihnen verstanden wird. Dieses Organ muß nicht allein über die Vorgänge innerhalb der Organisation berichten, sondern es muß auch eine Stelle sein, wo die jungen Leute ihre Meinung zum Ausdruck bringen können. In der Jugendzeitschrift sollen führende, mit der Jugend führende Gewerkschaftskollegen ihre Erfahrungen zum besten geben, aber auch die jungen Freunde und Freundinnen selbst zu Worte kommen. Dann erhält solch ein Blatt Leben, es gewinnt Freunde und wird zum besten Werbemittel für die Sache.

So weit dürfte es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Die Schwierigkeiten entstehen erst bei der Frage: Wie kommen wir zu einer solchen Jugendzeitschrift? Diese Frage ist ja schon vor kurzem einmal im „Gewerksverein“ angeschnitten worden, leider ohne daß sie zu einer praktischen Lösung gekommen wäre. Die Jugendorganisation selbst ist noch nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln ein Blatt zu schaffen. Die Verbandskasse ist durch andere Aufgaben verhindert, den Plan durchzuführen. Bleiben also die Gewerksvereine übrig, deren Hauptleitungen aber zum großen Teil sich noch ablehnend verhalten, weil jede abwartet, wie sich die andere zu der Sache stellt. So kommen wir nicht weiter. Das Opfer, das verlangt wird, ist nicht allzu groß. Werden der Jugendorganisation vielleicht 1-2000 Mark zur Verfügung gestellt, so ist die Durchführung des Planes gesichert. Dann kann das Blatt ein Vierteljahr unterhalten werden, und es wird in dieser Zeit sich so viele Freunde gewinnen, die ein Abonnement von 1 Mk. pro Vierteljahr nehmen, daß die Existenz der Zeitschrift und damit unsere Jugendorganisation gesichert ist. Die Angelegenheit erscheint uns so wichtig, daß sie noch einmal zur Erörterung gestellt zu werden verdient. Es geht um die Jugend, um unsere Zukunft! Das mögen alle bedenken, die hier ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben.

## Soziales.

**Gegen die Pariser Beschlüsse.** Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat nach einer ausgezeichneten Rede des Außenministers Simons zu den Pariser Beschlüssen Stellung genommen und den deutschen Vertretern auf der Londoner Konferenz folgende einstimmig gefaßte Entschliebung mit auf den Weg gegeben:

„Die im Reichswirtschaftsrat vereinigten Vertreter der gesamten deutschen Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeiter, stehen auf dem Standpunkt, daß die Deutsche Regierung die von ihr im Friedensvertrage übernommene Verpflichtung der Wiederherstellung in loyaler Weise und mit allen Kräften zu erfüllen suchen muß. Die

Durchführung der Pariser Beschlüsse würde aber zur baldigen Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens führen und jede Wiederherstellung unmöglich machen. Schon vor dem Kriege mußte ein sehr erheblicher Teil der Nahrungsmittelmengen eingeführt werden. Die seit vollständige Absperrung vom Auslande hat zu der dauernden Unterernährung der breiten Massen der Bevölkerung geführt, so daß die Regierung eine erhebliche Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande sicherstellen muß, um das staatliche und soziale Deutschlands nur einigermaßen geordnet aufrechterhalten zu können. Der Ertrag der deutschen Ausfuhr gestattet jetzt nicht einmal die Bezahlung der geringen Mengen der bisher eingeführten Lebensmittel.

Dazu kommt noch die Notwendigkeit, den Bedarf an Rohstoffen aus den Erträgen der Ausfuhr zu bezahlen. Dringend notwendig ist auch die Aufnahme von Krediten im Auslande. Alles das wird durch die Pariser Beschlüsse unmöglich gemacht. Die Note scheint davon auszugehen, daß die deutsche Ausfuhr noch erheblich gesteigert werden könne. Das wäre nur möglich unter Preisgabe wesentlicher sozialer Errungenschaften, vor allem auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Achtundtages, der im Art. 427 des Friedensvertrages gefordert wird. Die Bestrebungen nach weitgehender Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen würden dadurch vereitelt werden. Der Reichswirtschaftsrat ist überzeugt, daß Deutschland durch die Lahmlegung der unbedingt erforderlichen Einfuhr mit Riesenschritten der weiteren Verelendung zugeführt würde, wie seine östlichen Nachbarn. Deshalb erachtet es der Reichswirtschaftsrat für seine Pflicht, vor dem Lande und der Welt zu bezeugen, daß er die Pariser Beschlüsse für undurchführbar hält. Der Reichswirtschaftsrat bittet deshalb die Regierung, in Erfüllung der Verpflichtung zur Wiederherstellung, die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzuhalten. Sollte auf dieser Grundlage keine Einigung erzielt werden, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Erkenntnis der Folgen die Reichsregierung dringend und einmütig bei ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren.“

Das Uebersichtsabkommen gekündigt. In einer am 16. Februar in Essen abgehaltenen Konferenz der Kommande der Bergarbeiterorganisationen wurde beschlossen, das Uebersichtsabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom

ganze Reich erstreckt und an dem unser Gewerksverein der Schneider mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beteiligt ist.

Daß ein solcher Kampf ungeheure Anforderungen an eine Gewerksvereinsklasse stellt, ist selbstverständlich, und da den kämpfenden Arbeitern ein besonders halsstarriges Unternehmertum gegenübersteht, ist mit einer längeren Dauer zu rechnen. Bedinglich aus diesem Grunde hat sich die Verbandsleitung zur Ausgabe von Sammellisten entschlossen, die erfreulichweise auch, wie aus der auf der letzten Seite veröffentlichten Quittung hervorgeht, an vielen Stellen anerkennenswertem Opfermut begegnet sind. An anderen Orten aber steht man noch abseits, zum Teil aus der oben gekennzeichneten Verneinung der tatsächlichen Verhältnisse. Im Verbands der Deutschen Gewerksvereine hat noch immer der Grundsatz gegolten: Einer für alle, alle für einen! Deshalb appellieren wir heute erneut an das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Opferfreudigkeit aller Mitglieder und bitten dringend um recht rege Betätigung ihrer Solidarität. Jeder muß ein Scherlein beibringen. Die Hauptsache aber ist, daß schnell gegeben wird.

**Afa und Werkmeister-Verband.** Nachdem wir mehrfach auf den Konflikt zwischen den Vorständen dieser beiden Organisationen hingewiesen haben, sei heute kurz über den Ausgang der Differenzen berichtet. Am 14. Februar hat eine Einigungs-Kommission des Afa-Bundes gebagt, der die Vertreter des Werkmeister-Verbandes ferngeblieben waren. Unter der Leitung des 2. Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Adolf Cohen, kamen folgende Beschlüsse zustande:

1. Voraussetzung für alle freigewerkschaftlichen Organisationen ist die möglichst restlose Erfassung aller Berufsgenossen. Dabei müssen religiöse und parteipolitische Fragen ausgeschaltet werden. Das sind keine Opportunitätsabwägungen, sondern die Erkenntnis, daß das die Voraussetzung für jede Gewerkschaftsarbeit ist.

Die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände sind Berufsorganisationen, die ihre Ziele unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen Neutralität zu verwirklichen suchen. Es wird anerkannt, daß sich auch im D. B. E. Mitglieder aller Parteien zu gemeinsamer Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen zusammengefunden haben und er besonderen Wert auf die Wahrung der parteipolitischen Neutralität legt. Die Stellungnahme zu wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen wird dadurch nicht berührt.

2. Es wird festgestellt, daß der Afa-Bund, unbeschadet seiner in der Vorstandskonferenz am 6. und 7. November 1920 zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Stellung, sich nach wie vor an der Zentralarbeitsgemeinschaft beteiligt. Der Deutsche Werkmeister-Verband steht auf dem Boden seines auf dem Selbstständigen Verbandsstage gefaßten Beschlusses zur Frage der Zentralarbeitsgemeinschaft und wird demgemäß für die Zentralarbeitsgemeinschaft eintreten, bis ein gleichwertiger Ersatz geschaffen ist.

3. Internationaler Gewerkschaftsbund. Es besteht Übereinstimmung, daß die freigewerkschaftlichen Ziele nur erreicht

werden können durch nationale und internationale Solidarität aller Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde wird eine Verbindung mit dem A. D. G. B. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, Sitz Amsterdam, erstrebt. Unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität sollen die Angestelltenverbände aller Länder gesammelt und dem Internationalen Bund der Privatangestellten zugeführt werden.

4. Sozialisierung. Das Allgemeinwohl muß über das persönliche Interesse gestellt werden. Die Gemeinwirtschaft ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu fördern.

5. Satzungsentwurf und Programm. Der Afa-Vorstand empfiehlt der Vertreterversammlung, den § 1 letzter Absatz der Satzungen wie folgt zu formulieren:

„Religiöse und parteipolitische Vertreibungen sind ausgeschlossen. Der Afa-Bund kann mit anderen Organisationen von Fall zu Fall zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten, jedoch nur soweit sie sich im Rahmen der Afa-Zwecke halten.“

Diese Beschlüsse bedeuten dem Werkmeister-Verbande gegenüber ein ziemlich weites Entgegenkommen. Trotzdem will es uns scheinen, als ob der Kitt, mit dem der Werkmeister-Verband an den Afa-Bund gefesselt ist, recht brüchig ist.

Gegen die kommunistischen Treiberkreise mußte sich auch die Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wenden, in dessen Reihen sich die Moskowiter besonders mautig machen. Sie sind sogar nicht davor zurückgeschreckt, eine besondere Zeitschrift unter dem Namen „Der kommunistische Landarbeiter“ ins Leben zu rufen. Ihr Zweck ist, die Bildung der kommunistischen Zellen im Landarbeiterverbände zu fördern. So macht die Zerrissenheit in der Arbeiterbewegung durch das Hineintragen politischer Momente immer weitere Fortschritte.

## Aus dem Auslande.

Für einer Auswanderung nach Italien warnt eindringlich der „Arbeitsnachweis in Deutschland“, da mit einer starken Zunahme der dortigen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist wegen des zunehmenden Mangels an Aufträgen in den großen Industrien und der bevorstehenden Kohlenkrise. Schon jetzt mehren sich die Fälle, in denen arbeits- und mittellose Deutsche von italienischen Behörden festgenommen und zwecks Heimführung an die österreichisch-italienische Grenze gebracht werden, auch stoßen die deutschen Arbeitslosen auf der Suche nach Arbeit auf den Widerstand der italienischen Bevölkerung. Es empfiehlt sich deshalb, nur mit schriftlicher Arbeitszusage nach Italien auszuwandern.

## Aus dem Verbands.

Seinen 60. Geburtstag beging am 24. Februar unser Verbandsvorsitzender, Kollege Gustav Hartmann. Wer mit ihm in der letzten Zeit zusammengewesen ist, der weiß, daß äußerlich zwar die Not des Krieges mit ihren Folgererscheinungen nicht spurlos an unserem Führer vorbeigegangen ist, daß sie aber seine Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit nicht zu schwächen

13. März an keine Ueberstunden mehr verfahren werden. Weitere Verhandlungen wurden vorbehalten.

Den Anlaß zu dieser außerordentlich einschneidenden Maßnahme gaben verschiedene Gründe. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter soll sich unter der Ueberarbeit erheblich verschlechtert haben. Die Kräfte reichen zur weiteren Ueberarbeit nicht aus. Andererseits ist es den deutschen Bergleuten natürlich nicht unbekannt geblieben, daß während sie sich in übermäßig langer Arbeitszeit abradern, in England und Frankreich Betriebe stillgelegt und Feiertage gemacht werden, weil zu viel Kohle auf dem Markte liegt. Auch im Saarrevier sind Bergarbeiter bereits gezwungen, an vier Tagen der Woche Feiertage zu machen. Wenn die Kumpels endlich sehen müssen, daß im Ruhrgebiet selbst die Eisenbahn nicht in der Lage ist, die geförderten Kohlenmengen abzutransportieren, dann braucht man sich über den Entschluß, keine Ueberstunden mehr zu verfahren, nicht zu wundern.

Als letzter Grund für die Weigerung wird der in Bergarbeiterkreisen vorhandene Unwille über die Verzögerung der Sozialisierung des Kohlenbergbaus angegeben. Das geht auch aus einer Entschließung des Bergarbeiterverbandes hervor, nach der erst dann wieder in Verhandlungen über ein Ueberstundenabkommen eingetreten werden soll, wenn eine bestimmte verbindliche Zusage hinsichtlich der Sozialisierung des Kohlenbergbaus gemacht worden ist.

Die Wirkungen der Kündigung des Ueberstundenabkommens sind so weittragender Natur, daß es im nationalen Interesse dringend erwünscht wäre, baldigt wieder zu einer allseitig befriedigenden Lösung zu kommen.

Eine weitere erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit ist nach Mitteilungen aus dem Reichsarbeitsministerium trotz aller Gegenmaßnahmen im Januar zu verzeichnen. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Kollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhält, so dürften zurzeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Kündigung Schwerbeschädigter war nach § 18 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter zunächst auf die Dauer eines halben Jahres nur mit Genehmigung der zuständigen Hauptfürsorgestelle möglich. Diese Vorschrift ist nunmehr mit Zustimmung des Reichstages ver-

längert. Es wird erwartet, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen durch die Hauptfürsorgestellen eine Erlaubnis erteilt und im Hinblick darauf seitens der Arbeitgeber auf Kündigungen tunlichst verzichtet wird. Diese Bestimmung gehört nicht zu den Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes, deren Verletzung zur Anrufung des Schlichtungsausschusses berechtigt, sondern ist von zivilrechtlicher Wirksamkeit, so daß im Streitfalle Kriegsbeschädigte ihre Ansprüche bei den ordentlichen Gerichten geltend machen müssen. Eine Anrufung des Schlichtungsausschusses kommt nur auf Grund der allgemeinen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in Frage, oder aber wenn die Kündigung unter Berufung auf die Demobilmachungsverordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern erfolgt ist. Ferner kommt für die Kriegsbeschädigten gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes gegebenenfalls die Anrufung des Arbeiter- und Angestelltenrates in Betracht, der dann seinerseits, wenn keine Einigung erzielt wird, den Schlichtungsausschuss anrufen kann.

Eine unmögliche Außenhandelsbilanz. Unter dieser Stichmarke macht der „Regulator“ folgende treffenden, das Unfinnige der heutigen Wirtschaft drastisch kennzeichnenden Bemerkungen:

Im ersten Halbjahr 1920 hat Deutschland für rund 60 Milliarden (Papier-) Mark Waren vom Ausland bezogen und für höchstens 25 Milliarden Papiermark Waren an das Ausland verkauft. Es sind also mindestens 35 Milliarden Mark Unterbilanz in diesem Zeitraum entstanden, oder monatlich 6 Milliarden Mark. Wenn man die Schleichhandelsbilanz hinzunimmt, vergrößert sich die Unterbilanz voraussichtlich noch recht beträchtlich. Deutschland kauft also vom Auslande monatlich für mindestens 6 Milliarden Mark Waren, die es nicht durch Ausfuhrerzeugnisse sondern in der Hauptsache durch Papiergeld bezahlt. Wie soll es denn da zu einer Besserung oder auch nur Festigung des deutschen Wechselkurses kommen? Der Unterschied ist um so krasser, als in der Menge der aus- und eingeführten Gegenstände das Ausfuhrgut sogar nicht unbeträchtlich überwiegt. Ausgeführt sind nämlich vom Januar bis Juni vergangenen Jahres 13 018 000 Tonnen, eingeführt nur 8 408 000. Das sind 4,6 Millionen Tonnen Mehrausfuhr, obwohl damals die hohe Kohlenausfuhr für Frankreich noch nicht den in Spaa festgesetzten Umfang erreichte. Wenn auch infolge der großen Verschiedenartigkeit der Aus- und Einfuhrgüter im allgemeinen nicht von der Menge auf den Wert geschlossen werden kann, so bestätigt doch auch diese Aufstellung die Tatsache, daß das deutsche Gut größtenteils zu Schleuderpreisen ins Ausland gegangen ist. Kurzum, es ist eine unmögliche Außenhandelsbilanz, deren 3-fache Wiederholung den sicheren Ruin Deutschlands bedeutet.

### Arbeiterbewegung.

Der Kampf in der Herren- und Anabentonfektion dauert mit unverminderter Schärfe fort. Die in verschiedenen Zuschriften an die Verbandsleitung geäußerte Annahme, der Streik sei zu Ende, ist irrig und beruht auf einer Verwechslung mit einer Bewegung in der Berliner Blusenkonfektion, die allerdings abgeschlossen ist. Diese Angelegenheit stand aber in keinerlei Zusammenhang mit dem Kampf in der Herren- und Anabentonfektion, der sich über das